

Dr. Karl-Heinz Krämer
Abteilung für politische Wissenschaft Südasiens
Südasiens-Institut
Universität Heidelberg
Tel. 02241-2422260 (tagsüber)
Email: tsak@nepalresearch.org
Website: <http://nepalresearch.org>

Hennef, 23. April 2006

Bundesaußenminister
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Auswärtiges Amt

11013 Berlin

Betr.: Stellungnahme der Bundesregierung und anderer EU-Staaten zur aktuellen
Krise in Nepal

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Steinmeier,
ich beschäftige mich seit fast 35 Jahren politikwissenschaftlich mit Nepal, das seit Jahren in einer immer größer werdenden Krise steckt. Ich habe die Haltung der Bundesrepublik und anderer EU-Staaten bisher sehr begrüßt, weil sie darauf ausgerichtet war, Nepal auf dem Weg zu einer dauerhaften Krisenbewältigung zu unterstützen.

Umso bestürzt bin ich jetzt angesichts der fast begeisternden Stellungnahmen westlicher Staaten zur Proklamation König Gyanendras vom 21. April 2006. Diese Haltung dient nicht einer dauerhaften Lösung des nepalischen Konflikts, vielmehr trägt sie dazu bei, die Krise in Nepal um möglicherweise Jahre zu verlängern. Die indische Regierung, die König Gyanendra maßgeblich zu einer Änderung seiner Politik gedrängt hatte, hat inzwischen von ihrer ersten positiven Stellungnahme wieder Abstand genommen. Ich möchte Sie bitten, die deutsche Haltung in Absprache mit den anderen EU-Staaten umgehend zu überdenken und zur an Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten ausgerichteten Linie zurückzukehren.

Ich will diese Aufforderung nachfolgend ein wenig erläutern. Die Demokratiebewegung von 1990 hat den bis dahin mit absoluter Macht herrschenden nepalischen König zu einem konstitutionellen Monarchen gemacht und ihn in ein demokratisches Mehrparteiensystem mit einem Zweikammerparlament und einer unabhängigen Gerichtsbarkeit eingebunden. Die Souveränität liegt seither beim Volk, also bei den Menschen, die jetzt wieder auf der Straße ihre Stimme erheben. Direkte exekutive und legislative Rechte stehen dem nepalischen König seither nicht mehr zu, vielmehr ist er durch Artikel 27 der Verfassung verpflichtet, dieses demokratische System und die grundlegenden Regeln der Verfassung zu wahren.

Ein gravierender Fehler von 1990 war, daß sich die demokratischen Kräfte, wie schon mehrfach zuvor seit 1951, auf zu große Kompromisse mit den konservativen feudalen Kräften eingelassen haben, deren Symbol die Monarchie ist. Diese Kompromisse verhinderten nicht nur eine rasche Weiterentwicklung des demokratischen Systems in den frühen 1990er Jahren, sondern sie waren auch mitverantwortlich für das Entstehen des maoistischen Aufstands im Februar 1996 und ermöglichten letztlich auch den Putsch König Gyanendras. Die CPN (Maoist) ist die bedeutendste militante Organisation aus dem Bereich großer Massen der Bevölkerung, die sich auch in dem System von 1990 nicht beteiligt fühlten, so die zahlreichen ethnischen Gruppen, die sogenannten Unberührbaren (Dalits), die Menschen indischer Abstammung aus dem Flachland entlang der indischen Grenze (Madhesi) sowie die Frauen im allgemeinen. Die meisten Interessenorganisationen dieser Menschen sind übrigens nicht militant tätig.

Der maoistische Aufstand eskalierte über die Jahre, weil der nepalische Staat seine politischen und sozialen Ursachen nicht wahrnehmen wollte. Leidtragend war die ohnehin arme Zivilbevölkerung. Nach der Mobilisierung der königlichen Armee im November 2001 sah sich die Zivilbevölkerung zwischen zwei militanten Lagern, die beide mit der gleichen Brutalität und unter Mißachtung grundlegender Rechte vorgingen. Durch den Staatsstreich König Gyanendras vom 4. Oktober 2002 eskalierte die Situation vollends. Gyanendra setzte wiederholt durch die Verfassung garantierte demokratische Grundrechte außer Kraft und mißbrauchte den maoistischen Aufstand zur Wiederherstellung absoluter königlicher Macht. Dies wird daran deutlich, daß er bis heute jede friedliche Lösung des maoistischen Konflikts ablehnt; die Anerkennung grundlegender maoistischer Forderungen wäre nämlich automatisch ein Eingeständnis, daß die Monarchie hauptverantwortlich für die Ausgrenzung der Mehrzahl der Bevölkerung und zahlreiche andere Mißstände des modernen nepalischen Staates ist.

König Gyanendra hat in seiner Erklärung vom 21. April nicht eine Silbe der Entschuldigung vorgebracht für das, was er seit dem 4.10.2002 getan hat. Dabei hat er die Verfassung von 1990 völlig zerstört. Gyanendra beruft sich bei seinem Vorgehen immer wieder auf Artikel 127, der ihm aber nur kleine Entscheidungen zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Grundordnung zugesteht, niemals aber eine eigene Machtübernahme. In diesem Sinne wäre im Oktober 2002 das Naheliegendste die Wiedereinsetzung des im Mai 2002 aufgelösten Parlaments gewesen; eine solche ergibt sich auch aus Artikel 53 (4) der Verfassung, welcher eine Parlamentsauflösung von Neuwahlen innerhalb von 6 Monaten abhängig macht. Eigentlich hätte also unter Verweis darauf die Wiedereinsetzung des Parlaments durch König Gyanendra die Ordnung der Verfassung wiederhergestellt. Der König hat definitiv auch kein konstitutionelles Recht, Regierungen zu entlassen oder nach eigenem Gutdünken zu ernennen, was Gyanendra wiederholt getan hat.

Der endgültige Putsch Gyanendras vom 1. Februar 2005 brachte die direkte exekutive Machtübernahme des Königs. Die Mitglieder seines Ministerrates umfassen seither äußerst konservativ eingestellte Personen, die zum größten Teil der Monarchie schon im absolutistischen Panchayat-System (1961-90) gedient hatten und auch damals zur Wahrung der königlichen Macht die Rechte der Menschen mit Füßen getreten hatten. Entsprechend war die Politik König Gyanendras nach dem 1.2.2005 nicht auf die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung und die Beendigung des maoistischen Aufstands ausgerichtet, sondern konzentrierte sich vielmehr darauf,

jeden Widerstand und Protest von politischen Parteien, Menschenrechtsorganisationen und ziviler Gesellschaft im Keim zu ersticken. Solange der maoistische Aufstand dauerte, sah sich der König in dieser Vorgehensweise bestärkt.

Diese Politik König Gyanendras war ursächlich verantwortlich, daß sich die etablierten politischen Parteien zu einer Sieben-Parteien-Allianz (SPA) zusammenschlossen, sich öffentlich vom Bekenntnis zur Monarchie verabschiedeten und schließlich am 22. November 2005 sogar ein Abkommen mit der CPN (Maoist) schlossen, das durchaus einen Weg zu einer friedliche Lösung des maoistischen Aufstands beinhaltet. Damit sah sich die Monarchie auf einmal in ihrer Existenz bedroht und entschloß sich zu härtestem Durchgreifen. Jede sich noch bietende Gelegenheit zu einem friedlichen Ausgleich wurde bewußt mißachtet, so der einseitige viermonatige Waffenstillstand der Maoisten oder vor dem Ausbruch öffentlicher Massenproteste ein Rückzug auf die Stellung, welche die Monarchie vor dem 4.10.2002 innehatte.

Die Anfang April von der SPA initiierte Protestbewegung ist längst zu einem Massenaufstand der Zivilbevölkerung geworden. Seit der König seine Sicherheitskräfte angewiesen hat, protestierende Menschen auf den Straßen brutal zusammenzuschlagen oder zu erschießen, steigert sich der Haß der überwiegend jungen Menschen auf den Straßen (40% der Bevölkerung sind jünger als 15 Jahre) gegen die Monarchie von Tag zu Tag.

In dieser Situation hat König Gyanendra am 21. April eine Erklärung abgegeben. Neben den üblichen Märchen über die stete Verbundenheit der Monarchie mit dem Volk und ihr Eintreten für die Demokratie, hat er reichlich wenig gesagt. Sein Angebot besteht lediglich darin, daß er seine seit dem 1.2.2005 bestehende direkte Machtausübung wieder aufgeben will und erneut unter mißbräuchlicher Anwendung des Artikels 127 statt dessen einen königlichen Ministerrat ernennen will, der sich aus SPA-Politikern zusammensetzt. Dies ist keine Rückgabe der Macht an das Volk sondern dient allenfalls das Bündnis von SPA und Maoisten zu brechen. Nicht eine Silbe findet sich, in der er eigene Fehler eingesteht oder sich für die brutalen Übergriffe und Tötungen seiner Sicherheitskräfte entschuldigt. Dabei sind die Forderungen sowohl der Parteien als auch der Massen auf den Straßen, übrigens landesweit und nicht nur in der Hauptstadt, schon längst viel weitergehender.

Es zeigt sich bereits jetzt, daß diese rein kosmetische Erklärung König Gyanendras nicht einmal geeignet ist, die aktuellen Massenproteste zu beruhigen. Viel weniger noch sind sie geeignet, den seit über zehn Jahren andauernden maoistischen Aufstand zu beenden und endlich wieder für Frieden zu sorgen. Es ist an der Zeit, die Versäumnisse von 1990 nachzuholen, und das geht nur durch eine neue Verfassung, die auch die Maoisten mit einbinden könnte. Jede positive Bewertung der königlichen Erklärung ist daher ein Rückschlag für eine Lösung der nepalischen Krise.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Krämer